

"Der Gipfel der Reförmchen" in Süddeutsche Zeitung (18. Juni 1997)

Quelle: Süddeutsche Zeitung. 18.06.1997. München: Süddeutscher Verlag.

Urheberrecht: (c) Süddeutsche Zeitung

URL: [http://www.cvce.eu/obj/"der_gipfel_der_reformchen"_in_suddeutsche_zeitung_18_juni_1997-de-268a53df-1b5f-4faf-9ef8-eaae679ebf70.html](http://www.cvce.eu/obj/)

Publication date: 19/09/2012

Der Gipfel der Reförmchen

Von **Andreas Oldag**

Das Gipfeltreffen der EU-Staats- und Regierungschefs ist zu Ende. Amsterdam würde ein großer Erfolg werden, hatte Kanzler Kohl schon vor dem Abschluß geschwärmt. Aber erst nach dem ersten Konferenztag, der vom deutsch-französischen Streit um Stabilitäts- und Beschäftigungspakt beherrscht worden war, konnten sich die Staats- und Regierungschefs am Dienstag der eigentlichen Aufgabe des Gipfels, widmen: der Reform der Europäischen Union.

Herausgekommen ist freilich nur ein Reförmchen. Das zum Auftakt der Regierungskonferenz noch groß angekündigte Jahrhundertprojekt schrumpfte zum mühsam zusammengebastelten Kompromiß. Weder bei den Entscheidungsprozessen und Institutionen noch bei der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik ist die Union wesentlich vorangekommen.

Die entscheidende Frage ist, ob der Amsterdamer Vertrag ausreicht, die EU fit zu machen für die Aufnahme neuer Mitglieder. Bezeichnenderweise haben es die EU-Staats- und Regierungschefs von Beginn an vermieden, konkrete Kriterien für Erfolg oder Mißerfolg festzulegen. Die Europapolitik ist der Beliebigkeit unterworfen, was freilich kein Zufall ist. Die Staatsmänner beherrschen ihr Geschäft viel zu gut, um nicht jede inhaltlich noch so belanglose Resolution zur Zukunft der EU als großen politischen Gewinn zu verkaufen.

Nun ist gewiß nicht jeder Kompromiß von vornherein zu verdammen. In Europa sind die Interessen zu unterschiedlich. Überdies ist es während der zweijährigen Verhandlungen deutlich geworden, daß es kaum weiterhilft, auf vermeintliche oder tatsächliche Blockierer einzuprügeln. Die Briten wurden im vergangenen Jahr - während der BSE-Krise - als die großen Reformverhinderer dargestellt. Gewiß trug daran die frühere konservative Regierung einen großen Teil der Schuld: Doch für die anderen EU-Staaten ergab sich daraus auch ein willkommener Anlaß (und unausgesprochener Vorwand), vom eigenen Versagen abzulenken. Nun ist die BSE-Krise fast ausgestanden, und in Großbritannien reagiert New-Labour.

Glaubt man den Euro-Optimisten müßte die Gemeinschaft heute ein wahrer Hort des Reformeifers sein. Die Realität sieht freilich anders aus. Die Dänen haben große Schwierigkeiten mit dem neuen EU-Vertrag. Eine starke Anti-Europa-Bewegung fordert ein Referendum. Die französische Regierung stemmt sich gegen eine Ausweitung der Rechte des Europäischen Parlaments. In diesem Punkt ziehen Präsident Jacques Chirac und sein sozialistischer Premierminister Lionel Jospin an einem Strang. In der Bundesrepublik unterstützen zwar alle großen Parteien die EU-Reform vorbehaltlos. Doch ein europäischer Musterknabe ist Deutschland noch lange nicht. Im politischen Gefeiße um den neuen Vertrag war es vor allem die Bonner Ministerialbürokratie, die immer wieder beim deutschen Verhandlungschef und Staatsminister im Auswärtigen Amt, Werner Hoyer, intervenierte und sich gegen die Aufgabe nationaler Kompetenzen, beispielsweise in der Innen- und Rechtspolitik, aussprach.

Angesichts der vorherrschenden Kleinkrämerei in Europa ist es gewiß kein Wunder, daß der neue EU-Vertrag in vielen Bereichen einem großen Wunschzettel gleicht - vom Artikel über die europäische Sportförderung bis hin zur Bestimmung über die besondere wirtschaftliche Förderung französischer Überseegebiete. Doch was ist mit den grundlegenden Fragen? Nach einem mühsam ausgehandelten Kompromiß soll die Zahl der Kommissare auf dem jetzigen Stand von 20 eingefroren werden. Von der anfänglich versprochenen Verkleinerung der Führungsmannschaft ist keine Rede mehr.

Jedes Land beharrt auf seinen Kommissaren. Die Folge: Eine einschneidende Reform, welche die Brüsseler Behörde schlanker und flexibler machen könnte, wird auf unbestimmte Zeit verschoben. Das Tauziehen wird spätestens dann wieder beginnen, wenn sieben oder gar zehn neue EU-Mitglieder vor der Tür stehen.

Das gleiche Muster wiederholt sich bei der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP). Ziel war es, die EU handlungsfähiger zu machen und nicht der Lächerlichkeit preiszugeben, wie beispielsweise in der Jugoslawien-Krise oder in der Debatte über Menschenrechte in China. Die neuen GASP-Mechanismen

bieten freilich nicht viel. Gewiß könnte der jetzt für die Außenpolitik zuständige Generalsekretär vielleicht für eine intensivere Koordinierung sorgen. Doch das entscheidende Manko sind die Abstimmungsprozeduren: Zunächst soll der Rat einstimmig über die Strategie gegenüber einem Land oder einer Region entscheiden. Darauf aufbauend sollen konkrete Maßnahmen mit Mehrheit beschlossen werden können. Konflikte um die neue GASP sind programmiert. Denn wo liegt die Abgrenzung zwischen Strategie und Umsetzung? Jedes EU-Mitglied, das in der GASP nicht mitspielen will, wird sich auf die Strategie berufen und kann damit die anderen blockieren.

Fazit: Die Reformkonferenz hat die großen Erwartungen nicht erfüllt. Die EU wird sich auch in den kommenden Jahren weiterquälen müssen, von einem Kompromiß zum anderen. Für die Aufnahme neuer Mitglieder sollte jetzt schon die nächste Reformrunde zur Überarbeitung des Amsterdamer Vertrags eingeplant werden.